

Deutschland und die Europäische Union

Intended Level: **High School German Level 3**

The textbook from Holt/Rinehart/Winston, “Komm mit 3”, introduces the Euro in chapter 1 and deals with rights, responsibilities and the conflict between foreigners and Germans in chapters 5 and 9. This lesson can be taught in any of those contexts stressing the implications of being and accepting to be a European, a world citizen as well as a German national. Another possibility is to teach the lesson on May 9, “Europatag” and adapt it to fit any upper levels you teach.

Description: **Introduction to the EU**

The lesson consists of 3 parts can be partly in English if needed, but should include vocabulary with major German terms. I provided an extensive list from which the individual teacher can choose.

Time: **50 - 90 minutes**

Objectives: **Students gain knowledge and understanding of the historic developments that created the EU, the current structure, and some of the political and social principles behind it.**

FL Competency Goals:

High School L III

G1: 1.01, 1.05

G2: 2.02, 2.05

G3: 3.04, 3.05

G4: 4.03, 4.06

G5: 5.04, 5.05, 5.06

G6: 6.01, 6.03

G7: 7.01, 7.04, 7.05

Materials: **CD with European Anthem (Ode to Joy from Beethoven’s 9th), EU map, EU flag, Euro bills and coins, handouts, vocabulary lists, transparencies**

Directions:

1. Decorate classroom with map of Europe, European flag, Euro poster, or simply the royal blue color of the flag and the 12 golden stars. The stars are used for a partner or group brain storming activity.
2. Play the “Ode an die Freude”. While the music is playing, students write down everything they know about the melody and all the decorations for 2-3 minutes.
3. Record the correct answers from the student groups on a transparency. Then present the handouts and the vocabulary list on the history, the current governmental structure, and the main political and social principles.
4. Have the students read the information on the handouts aloud, discuss it, and highlight the major German terms to be learned.

5. Conclude the lesson by having the students compare what they learned about the EU to the US as much as time allows. Assign a written reflection on what they learned. You can also have them research the EU web site according to individual or group interest and have them write a report about what they discovered on the Internet.

Assessment: **Oral presentation on one of the 3 major topics including own visuals**
Vocabulary Quizzes

Extension: This lesson plan can be expanded by studying any or all topics more in depth.

Resources:

1. Official EU web site in all European languages: <http://www.europa.eu>
It contains a wealth of information, brochures to buy, a site for young people, an interactive map and quiz and much more.
2. Blankenship, Glen, and Louisa Moffitt. Germany in Europe. Bonn, Atlanta: Goethe Institut, 2004
The book is in English and written for Social Studies, grades 6-12. It comes with wonderful transparencies and worksheets.
3. Seel, Helga. Deutschland in Europa- Europa in Deutschland. Bonn: Inter Nationes, 1999
This booklet's charts are outdated but some of the cartoons and texts are great. An up-to-date edition might be available.
4. A brochure from the Delegation of the European Union to the USA: The European Union: A Guide For Americans
Their web site is <http://www.eurunion.org>, and they have other materials available.
5. There is a pamphlet that folds like a map called "Panorama of the European Union", which can be ordered from the EU's publication office or downloaded as a regular text without pictures.
6. The Bundeszentrale fuer politische Bildung is also a good source for information on Europe: <http://www.bpb.de>

Brigitte Woloszyn
Career Center High School
Winston-Salem/Forsyth County Schools

Europäische Union: Politische Institutionen

Die EU ist mehr als eine Länderkonföderation, aber weniger als ein Bundesstaat. Sie ist etwas total Neues und historisch einzigartig. Das politische System hat sich in 50 Jahren ständig weiter entwickelt und verbessert. Die Basis ist eine Reihe von Verträgen, in denen die EU-Mitgliedstaaten einige ihrer nationalen Souveränitätsrechte auf die gemeinsamen Institutionen übertragen.

Der Europäische Rat (Gipfel der Regierungschefs)

... ist eigentlich die höchste und die älteste Instanz, aber streng genommen keine Institution der EU. Dieses Gipfeltreffen setzt die Leitlinien für den **Rat der Europäischen Union**. Zu ihm kommen alle Staats- und Regierungschefs, der Präsident der **EU-Kommission** und der Präsident des **EU-Parlaments**. Ein Land hat immer den Vorsitz für 6 Monate und ist Gastgeber für einen solchen Gipfel mindestens einmal. Im ersten Halbjahr 2006 hatte Österreich die Präsidentschaft, im zweiten Halbjahr Finnland, und im ersten Halbjahr 2007 hatte Angela Merkel aus Deutschland den Vorsitz. Der Rat wählt auch einen **Generalsekretär**, einen Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der die EU-Diplomatie im Ausland vertritt (seit 1999 **Javier Solana**).

1. Das Europäische Parlament (Vertretung der Bürger) (Straßburg, Brüssel)

... wird seit 1979 auf 5 Jahre direkt von den Bürgern gewählt und vertritt deren Interessen. Die letzte Wahl war 2004 und es gab 732 Mitglieder aus 25 EU-Mitgliedstaaten. Nachdem Bulgarien und Rumänien 2007 beigetreten sind, gibt es 785 Mitglieder im Parlament. Die Zahl der Abgeordneten ist proportional der Bevölkerung der einzelnen Länder. Die Hauptaufgabe des Parlaments ist die Gesetzgebung (zusammen mit dem Rat) und die Überprüfung, Aufstellung, Beratung und Verabschiedung der Haushalte (100 Milliarden Euro). Das Parlament hat auch die Aufgabe, die Kommission und den Rat zu kontrollieren. Wie in den anderen Institutionen werden hier alle 22 EU-Amtssprachen benutzt. Die Abgeordneten sitzen nicht nach Nationalität, sondern nach den übernationalen Parteifraktionen. Von den insgesamt 7 Parteien sind die größten Fraktionen die Europäische Volkspartei (Christdemokraten) und die Europäischen Demokraten (PPE-DE mit 278 Sitzen), die Sozialdemokratische Partei Europas (PSE mit 219 Sitzen), die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE mit 103 Sitzen) und die Grünen (42 Sitze). Es gibt um die 20 Ausschüsse, in die die Abgeordneten gewählt werden. Diese Ausschüsse tagen in Brüssel.

Das Parlament wählt einen Parlamentspräsidenten, der jeweils 2 ½ Jahre dient, und einen Bürgerbeauftragten, der Beschwerden der Bürger über Missstände in den EU-Institutionen nachgeht. Präsident des EU-Parlaments ist seit 2004 Josep Borrell Fontelles)

Bei der letzten Wahl 2004 waren die Abgeordnetenzahlen (proportional der Bevölkerungsgröße) so verteilt:

99	Deutschland
78	Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich
54	Polen, Spanien
35	Rumänien
27	Niederlande
24	Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechische Republik, Ungarn
19	Schweden
18	Österreich, Bulgarien
14	Dänemark, Finnland, Slowakei
13	Irland, Litauen
9	Lettland
7	Slowenien
6	Estland, Luxemburg, Zypern
5	Malta
<u>785</u>	

2. Der (Minister)Rat der Europäischen Union (Vertretung der Mitgliedstaaten) (Brüssel, Luxemburg)

... ist zusammen mit dem Parlament das wichtigste gesetzgebende (legislative) Organ und ist verantwortlich für die Innen-, Außen-, Sicherheits- und Justizpolitik. Es gibt insgesamt 5 politische Bereiche, denen die Fachminister aller EU-Mitgliedstaaten angehören (z.B. Rat der Außenminister, Rat der Wirtschaftsminister, Rat der Finanzminister, Rat der Landwirtschaftsminister usw.) Jedes Land hat eine bestimmte Zahl von Stimmen je nach der Größe, aber gewichtet zugunsten der kleineren Staaten. Die Präsidentschaft wechselt alle 6 Monate. Der Rat tritt nur zusammen, wenn die Kommission einen Vorschlag hat, der bearbeitet werden muss. Seit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist die Stimmenverteilung:

29	Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich
27	Polen Spanien,
14	Rumänien
13	Niederlande
12	Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechische Republik, Ungarn,
10	Bulgarien, Österreich, Schweden
7	Dänemark, Finnland, Irland, Litauen, Slowakei
<u>4</u>	Estland, Lettland, Luxemburg, Slowenien, Zypern
345	

Um eine qualifizierte Mehrheit zu erreichen, müssen 255 - also 73,9% von 345 - vorliegen.

3. Die Europäische Kommission (Vertretung der supranationalen Interessen) (Brüssel)

... ist total unabhängig von den nationalen Regierungen und vertritt die Interessen der ganzen EU. Sie ist das einzige Organ, das dem Rat und dem Parlament neue Rechtsvorschriften vorschlagen kann. Sie überwacht die Umsetzung der Maßnahmen und die Verwaltung des Haushaltes. Sie kann die Missachtung von Verträgen beim Gerichtshof anklagen, kann aber auch vom Parlament zum Rücktritt gezwungen werden. Die Kommission ist der eigentliche exekutive Motor der EU. Sie besteht aus 27 Personen, einem Vertreter pro Mitgliedsland. Diese Kommissionsmitglieder werden von den Regierungen vorgeschlagen, aber vertreten nicht ihr Land. Mit Zustimmung des Parlaments und des Kommissionspräsidenten werden sie innerhalb von 6 Monaten nach der Parlamentswahl auf 5 Jahre ernannt (nicht gewählt). Auch der Präsident der Kommission wird von den Regierungen für 5 Jahre ernannt und muss vom Parlament bestätigt werden. (seit 2004 Jose Manuel Barroso) Die EU-Kommission hat Botschaften und Delegationen in vielen Ländern der Welt, auch z.B. in Washington, DC. Anders als das Sekretariat traditioneller internationaler Organisationen wie die UN hat die Kommission ihre eigenen Gelder und kann deshalb relativ unabhängig handeln.

4. Der Europäische Gerichtshof (EU-Gesetze)(Luxemburg)

... ist dafür verantwortlich, dass alle EU-Rechte und Verträge in den einzelnen Ländern korrekt interpretiert und angewendet werden. Es gibt einen unabhängigen und unparteilichen Richter von jedem Mitgliedsstaat und jeder Richter hat 8 Generalanwälte als Hilfe. Der EU-Gerichtshof wird mit Zustimmung der Mitgliedstaaten für 6 Jahre ernannt, die aber verlängert werden können. Klagen können einfache Bürger, Unternehmen, EU-Organe und Mitgliedsregierungen. Es gibt seit 1989 ein Gericht der ersten Instanz, dem auch jeweils ein Richter pro Mitgliedsstaat angehört.

5. Der Europäische Rechnungshof (EU-Steuergerichte) (Luxemburg)

... wurde 1975 gegründet und überwacht die Rechtmäßigkeit und Regelmäßigkeit aller Einnahmen und Ausgaben der EU. Es gibt ein Mitglied von jedem EU-Staat und diese Personen werden mit Zustimmung des Parlaments für 6 Jahre ernannt.

6. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (Brüssel)

... besteht aus 317 Mitgliedern, die die wichtigsten Interessengruppen der EU vertreten, z.B. die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, die Verbraucher und die Umweltschützer. Der Ausschuss hat beratende Funktion und wird vom Rat für 4 Jahre ernannt.

7. Der Europäische Ausschuss der Regionen (Brüssel)

... besteht auch aus 317 Mitgliedern, die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagen und dann vom Rat für 4 Jahre ernannt werden. Er hat beratende Funktion bei regionalen Problemen im Bereich Verkehr, Gesundheit, Arbeit und Bildung. Hier gibt es zum Beispiel viele Bürgermeister und Regionalpolitiker.

8. Die Europäische Zentralbank (Frankfurt)

... ist 1998 eingerichtet worden als ein unabhängiges Organ und verantwortlich für die Währungspolitik, besonders für die Preisstabilität des Euro und die Zinsraten. Sie arbeitet mit den Zentralbanken der 12 Eurostaaten zusammen. **Der Euro ist die zweitwichtigste Währung der Welt.**

9. Die Europäische Investitionsbank (Luxemburg)

... finanziert Projekte zur Förderung der Infrastruktur der weniger entwickelten Regionen der EU und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Unternehmen. Sie arbeitet ohne Profit und bekommt keine Gelder von Ersparnissen oder Konten. Sie bekommt auch kein Geld vom Haushalt der EU. Sie wird finanziert durch ihre Aktionäre, die Mitgliedstaaten der EU, und durch Borgen auf den Finanzmärkten. Diese Bank fördert auch nachhaltige Entwicklungen im weiteren Mittelmeerbereich, in Afrika, in der Karibik, im Pazifik, in Lateinamerika und in Asien.

Europäische Union: Vokabeln zur Zeittafel

1. der Zweite Weltkrieg	World War II
2. nie wieder	never again
3. der Wiederaufbau	reconstruction
4. die Gründung, en	founding
5. die Gemeinschaft, en	community
6. die Kohle, n	coal
7. der Stahl	steel
8. die Wirtschaft, en	economy
9. der Vertrag, "e	treaty
10. der Zusammenschluss, "e	merger, union
11. einzig	single
12. die Verwirklichung, en	realization
13. der Zoll	customs
14. das Mitglied, er	member
15. gemeinsam	common
16. der Tarif, e	tariff
17. der Handel	trade, commerce
18. die Außenpolitik	foreign policy
19. die Zusammenarbeit	cooperation
20. beitreten, tritt bei, trat bei, ist beigetreten + Dat.	to join
21. die Wahl, en / wählen	election (selection, choice) / to vote
22. das Parlament	parliament
23. die Währung, en	currency, legal tender
24. einheitlich	unified, integrated
25. unterzeichnen (unterschreiben)	to sign
26. der Binnenmarkt, "e	single market area
27. die Forschung, en	research
28. die Entwicklung, en	development
29. die Umwelt	environment
30. das Mittelmeer	Mediterranean Sea
31. die Vereinigung, en	unification
32. die Deutsche Demokratische Republik (Ostdeutschland)	German Democratic Republic
33. die Sicherheit	security, safety
34. der Bürger, - / die Bürgerschaft, en	citizen / citizenship
35. die Maßnahme, n	measure
36. wird Wirklichkeit	becomes a reality
37. der Verkehr	traffic
38. die Dienstleistungen	services
39. für sich bleiben	to stay by oneself
40. organisatorisch	organisational
41. wahlrechtlich	pertaining to voting rights
42. die Änderung, en	change
43. die Einführung, en	introduction
44. die Bedingung, en	condition
45. die Erweiterung, en	expansion
46. aufnehmen, nimmt auf, nahm auf, hat aufgenommen	to admit
47. sich bewerben, bewirbt sich, bewarb sich, hat sich beworben	to apply

EU: Vokabeln zu den politischen Institutionen

48. einzigartig	unique
49. ständig	steadily
50. sich entwickeln	to develop
51. die Reihe, n	series, row
52. das Mitglied, er	member
53. das Recht, e	right
54. übertragen, überträgt, übertrug, hat übertragen	to transfer
55. der Rat, "e	council, (advice)
56. der Gipfel, -	summit
57. die Regierung, en	government
58. die Instanz, en	authority
59. streng genommen	strictly speaking
60. die Leitlinie, n	guideline
61. der Staatschef, s	head of state
62. der Regierungschef, s	head of government
63. der Vorsitz	the chair(manship)
64. der Gastgeber, -	host
65. mindestens	at least
66. vertreten, vertritt, vertrat, hat vertreten / der Vertreter, -	to represent / representative
67. der/die Abgeordnete, n	member of parliament
68. die Bevölkerung	population
69. die Gesetzgebung	legislation
70. die Überprüfung / überprüfen	checking, inspection / to check
71. die Aufstellung	proposal
72. die Beratung	discussion
73. die Verabschiedung	approval
74. der Jahreshaushalt, e	yearly budget
75. die Amtssprache, n	official language
76. insgesamt	in total
77. die Partei(fraktion)	party (faction)
78. der Ausschuss, "e	committee
79. die Beschwerde, n/ die Klage	complaint / accusation, charge
80. der Missstand, "e	bad condition
81. nachgehen, geht nach, ging nach, ist nachgegangen	to pursue
82. verteilen	to distribute
83. verantwortlich	responsible
84. die Innenpolitik	domestic policies
85. die Justizpolitik	legal policies
86. der Bereich, e	area
87. der Fachminister, -	secretary of a special subject
88. angehören + Dat.	to belong to
89. bestimmt (Adj.)	specific
90. gewichtet	weighted
91. zugunsten	favoring
92. unabhängig	independent
93. einzig	sole, only
94. die Rechtsvorschrift, en	legislative regulation
95. überwachen	to monitor
96. die Missachtung, en	disregard, ignoring

97. der Gerichtshof, "e	court of justice
98. anklagen	to accuse
99. der Rücktritt	resignation, stepping down
100. zwingen, zwingt, zwang, hat gezwungen	to force
101. bestehen aus + Dat., besteht, bestand, hat bestanden	to consist of
102. die Zustimmung	approval
103. ernennen, ernennt, ernannte, hat ernannt	to appoint
104. bestätigen	to confirm
105. die Botschaft, en	embassy (message)
106. handeln	to act (to trade)
107. anwenden, wendet an, wendete an, hat angewendet auch unregelmäßig: wandte an, hat angewandt	to apply
108. der Richter, -	judge
109. der Anwalt, "e	attorney
110. das Unternehmen, -	enterprise, concern
111. gründen	to found
112. die Rechtmäßigkeit	legality, lawfulness
113. die Regelmäßigkeit	regularity
114. die Einnahmen	revenue, income
115. die Ausgaben	expenses
116. der Arbeitgeber, -	employer
117. die Gewerkschaft, en	(workers) union
118. der Verbraucher, -	consumer
119. der Umweltschützer, -	environmentalist
120. beratend (beraten, berät, beriet, hat beraten)	advisory (to advise s.o.)
121. einrichten	to set up (to furnish)
122. die Zinsen	interest
123. die Förderung / fördern	support / to support
124. entwickeln / die Entwicklung, en	to develop / development
125. die Stärkung	strengthening
126. der Wettbewerb, e	competition
127. die Fähigkeit, en	ability, capability
128. die Ersparnisse (Pl.)	savings
129. das Konto, en	account
130. der Aktionär, e	shareholder
131. borgen	to borrow
132. nachhaltig	sustainable
133. das Mittelmeer	Mediterranean Sea
134. ablehnen	to reject

Europäische Union: Werte und Ziele

I. Generelles

Am Anfang der Europa-Idee standen einige mutige und weise Staatsmänner. **Winston Churchill** sagte 1946: *“If Europe were once united in the sharing of its common inheritance, there would be no limit to the happiness, to the prosperity and glory which its three or four hundred million people would enjoy. Yet it is from Europe that have sprung that series of frightful nationalistic quarrels ... which we have seen even in this twentieth century ... wreck the peace and mar the prospects of all mankind.”*

Aus dieser Einsicht heraus formulierten die Franzosen **Robert Schumann** and **Jean Monnet** die Grundidee einer Europäischen Gemeinschaft und Schumann stellte sie **am 9. Mai 1950** in einer Rede vor. Die Union feiert daher

Europatag am 9. Mai

Jean Monnet macht klar, dass die EU keine neue machtpolitische Organisation sein soll, die an die Stelle der einzelnen Staaten tritt: *“Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher.”*

Auf der einen Seite ist Europa ein Kontinent mit vielen verschiedenen Traditionen und an die 20 verschiedenen Sprachen, auf der anderen Seite haben sie ganz wichtige gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat, und soziale Gerechtigkeit. Die EU hilft den einzelnen Staaten diese Werte zu verteidigen und fördert die bürgernahe Zusammenarbeit im **Geist der Aufgeschlossenheit, Toleranz und Solidarität**.

Motto: In Vielfalt geeint

Skeptiker sagen, dass durch die Vereinigung die wundervolle, vielfältige Kultur Europas verloren geht und alles monoton und langweilig wird. Das stimmt aber nicht. Seit die Landesgrenzen in Deutschland weggefallen sind, haben sich trotzdem nie die Eigenheiten der verschiedenen Regionen geändert. Ein Münchner ist ganz anders als ein Hamburger oder ein Berliner und das hat nichts mit der Politik zu tun, sondern etwas mit Geographie, Geschichte, Religionsgebiete und anderen gesellschaftlichen Prozessen. Kultur ist aber nie ganz statisch. Auch ohne die Einigung Europas haben sich durch gegenseitige Einflüsse der verschiedenen europäischen Kulturen und auch durch Einflüsse von außen Dinge verändert. Es werden immer überall sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Kulturmerkmale gepflegt.

Flagge: Kreis von 12 goldenen Sternen auf königsblauem Grund

1986 hat die EU vom Europarat (Gipfeltreffen der Staatsmänner) diese Flagge übernommen.

Die **Zwölf** ist ein uraltes Symbol der **Vollkommenheit** (z.B. 12 Monate, 12 Stunden am Tag und in der Nacht, 12 Jünger Jesu) und der **Kreis** ist ein Symbol der **Einheit**.

Hymne: Vorspiel zur “Ode an die Freude”/Beethovens 9. Symphonie

Nur der Teil ohne Worte wird als Europahymne gespielt, aber gebildete Europäer kennen den Text von Friedrich Schiller dazu. Hier geht es um Freude-motivierte **Freiheit**, “brüderliche” **Gemeinschaft** und menschenwürdigen **Frieden**.

II. Rechte und Gerechtigkeit

A. Grundrechte der Unionsbürger

Der Vertrag von Amsterdam (1999) legt fest: “Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.” Die Pässe und Führerscheine der Bürger der EU haben die gleiche Größe und Farbe, aber die Beschriftung ist je nach Mitgliedsland verschieden. Im Dezember **2000** wurde in **Nizza** die **“Charta der Grundrechte der Europäischen Union”** verkündet. In 54 Artikeln werden die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte beschrieben. Die Hauptbegriffe sind:

- **Menschenwürde** (Recht auf Leben und Unverletzlichkeit der Persönlichkeit, Gesundheitsschutz, Jugendschutz)
- **Freiheit** (Meinungs- und Gewissensfreiheit; Binnenmarkt mit den 4 Freiheiten: freier Personenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Warenverkehr, freier Kapitalverkehr)
- **Gleichheit** (gleiche Chancen am Arbeitsplatz für Männer und Frauen; keine Diskriminierung wegen Religion, ethnischer Herkunft, Behinderung, Alter oder Jugend, Recht auf Datenschutz)
- **Solidarität** (soziale und wirtschaftliche Rechte: Streikrecht, Recht der Arbeitnehmer auf Information und Anhörung, das Recht Familien- und Berufsleben zu harmonisieren, das Recht auf Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit und soziale Unterstützung überall in der EU)
- **Bürgerrechte** (Recht auf Umweltschutz, Recht auf eine gute Verwaltung, aktives und passives Wahlrecht)
- **Gerechtigkeit** (Verbot eugenischer Praktiken und des Klonens von Menschen zu Fortpflanzungszwecken, Verbot von Tierversuchen für Kosmetika, Verbraucherschutz, Lebensmittelschutz)

Die Todesstrafe gibt es nicht in Europa.

Zu den Rechten eines Bürgers in der EU gehört auch eine allgemeine und berufliche Bildung und Fortbildung. Man weiß, dass 80% unseres technischen Wissens in 5 Jahren veraltet ist und jeder Mensch muss sich auf "lebensbegleitendes Lernen" einstellen. Deshalb gibt es viele Programme auf dem Gebiet der Bildung wie zum Beispiel:

Socrates	(Austausch von Schülern und Studenten, Weiterbildung von Wanderarbeitern und ihren Kindern)
Leonardo	(ein- bis zweijährige berufliche Erstausbildung nach der Schule)
Adapt	(Hilfe für vorübergehend Arbeitslose, versucht Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen)
Employment	(versucht die Arbeitschancen von Frauen, Jugendlichen ohne Berufsabschluss und sozial Ausgegrenzten - wie geistig und körperlich Behinderten zu verbessern)
Erasmus	(versucht möglichst vielen Studierenden 7 Monate Studium in einem anderen europäischen Land zu finanzieren)
Comett	(fördert die Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaftswelt mit der Finanzierung von berufsbezogenen Praktiken in einem anderen Land der EU)
Lingua	(fördert gemeinsame Sprachkurse für 16- bis 25-Jährige)
Petra	(fördert junge berufstätige Menschen bis zu 28 Jahren, die in einem anderen EU-Land Berufserfahrung sammeln wollen)

Die EU hat ein System der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und anderen Hochschulausbildungen geschaffen, und es gibt einige interdisziplinär konzipierte Europa-Universitäten und auch einige Europäische Schulen, wo bis zu 9 Sprachen angeboten werden. Ein gutes Beispiel für die europäische Zusammenarbeit von Wissenschaft/Technik und Wirtschaft/Geschäftswelt ist der Airbus und das Mobiltelefon.

Diese Initiativen fördern ein gemeinsames Bewusstsein und gute Zusammenarbeit auf allen Gebieten des täglichen Lebens. Es gibt auch Richtlinien für das Fernsehen, die das gemeinsame kulturelle Erbe betonen.

Fernsehen ohne Grenzen gibt den Zuschauern mehr Möglichkeiten, Programme zu sehen, die in Europa produziert werden (statt in den USA) und die von unabhängigen Produzenten stammen. Das Rahmenprogramm **Kultur 2000 (2000-2004)** dient der Kooperation zwischen Programmachern, Produzenten, Rundfunkanstalten und Kulturinstitutionen, und das Programm **Media+ (2001-2005)** unterstützt die eigene europäische Filmindustrie.

Es gibt auch feste Vorschriften für Werbung und Teleshopping, um den Konsument zu schützen.

Eine Einzelperson, eine Gruppe oder eine Organisation kann bei dem sogenannten **Bürgerbeauftragten** eine Beschwerde gegen EU-Institutionen einreichen. Dann versucht er den Streit zu schlichten. Die Bürger können auch beim EU-Parlament eine **Petition** einreichen.

B. Soziale Gerechtigkeit

In der Praxis gibt es noch sehr viele Unterschiede zwischen dem Lebensstandard in den verschiedenen europäischen Ländern. Die Wirtschaftsleistung der einzelnen Mitgliedstaaten ist verschieden und so sind auch die sozialen Leistungen verschieden. In Deutschland und den Niederlanden ist das soziale Netz zum Beispiel sehr stark, aber nicht in den ärmeren Ländern wie Portugal oder Griechenland. Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland liegt bei nur 15 Stunden, aber in Griechenland bei 18 Stunden. Deutschland und die meisten anderen EU-Länder garantieren auch ein Mindesteinkommen, aber einige ehemalige osteuropäische Länder können das noch nicht. Bei der Finanzierung der Krankenversicherung bezahlt meistens der Staat ein Viertel oder ein Drittel, aber in Dänemark zahlt er 86%. In Deutschland muss der Arbeitgeber 40% zahlen. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist auch sehr verschieden. Das Ziel der EU ist, die drastischen Unterschiede allmählich durch demokratische Harmonisierung auszugleichen. Es soll keine von Politikern bestimmte Angleichung an ein mittleres EU-Niveau bei Einkommen und Sozialleistungen entstehen.

In allen Ländern arbeiten **Eurobetriebsräte** an der Verwirklichung der EU-Richtlinien.

Das Hauptinstrument der europäischen Sozialpolitik ist der **Europäische Sozialfond**, der den Mitgliedstaaten bei ihren Aufgaben hilft. Die EU hilft auch den Staaten, die sich beworben haben, Mitglied zu werden, bei der Verwirklichung der Bedingungen zum Beitritt. Von 1990-1999 investierte die EU mehr als \$85 Milliarden um den neuen Mitgliedstaaten zu helfen (praktisch wirkt die Hilfe ähnlich wie der U.S. Marshall Plan).

III. Frieden und Stabilität

Auf dem europäischen Kontinent gab es seit 60 Jahren keinen Krieg mehr. Schritt für Schritt haben die Europäer durch demokratische Verhandlungen das Leben der Bürger verbessert. Die EU ist wirtschaftspolitisch, handelspolitisch und währungspolitisch zu einer stabilen Weltmacht geworden. Sie hat einen großen Einfluss auf die Welthandelsorganisation (WTO), die Vereinten Nationen (UN), die G-8, die Weltgipfel zum Thema Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung. Diplomatisch und politisch spricht sie aber nicht unbedingt mit einer Stimme. Die einzelnen Mitgliedstaaten haben volle Souveränität. Auch auf dem Gebiet der Justiz und dem Strafvollzug muss noch viel gearbeitet werden, um zu einem einheitlichen *Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts* (Sondergipfel in Tampere, Finnland 1999) zu kommen.

Ziel ist

1. eine gemeinsame EU-Politik im Bereich **Asyl und Immigration**
2. einen wirklichen "Europäischen **Rechtsraum**"
3. eine einheitliche, unionsweite **Bekämpfung der Kriminalität**

1985 haben Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg und die Niederlande den **Schengener Vertrag** abgeschlossen, der zwischen diesen Ländern die Passkontrollen abgeschafft hat und eine gemeinsame Visapolitik mit Nicht-EU-Ländern einführt. **Seit März 2001** gehören zum **Schengen-Raum** nicht nur 9 weitere EU-Länder - **Österreich, Dänemark, Finnland, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Schweden**, sondern auch **Island und Norwegen**. An allen Binnengrenzen braucht man keinen Pass, aber an den Außengrenzen wird man kontrolliert und man muss einen Reisepass vorzeigen (oder auch nur einen Personalausweis für EU-Bürger). Ein großes Problem sind für die EU die legalen und illegalen Einwanderer, die internationale Kriminalität und der Menschenhandel (Schleuserkriminalität). Alle Mitgliedstaaten haben entschlossen, dass Asylanträge auf der Grundlage einheitlich anerkannter Prinzipien bearbeitet werden. Personen, die in irgendeinem Mitgliedstaat Asyl bekommen haben, müssen in der ganzen Union gleich behandelt werden. Diese Immigranten haben prinzipiell die gleichen Rechte und Pflichten wie die Unionsbürger. Sie hängen im Einzelnen davon ab, wie lange die Personen schon legal in der EU gewohnt haben.

Organisierte Verbrecher und Terroristen werden immer raffinierter und gefährlicher. Sie gebrauchen europäische und internationale Netze. Die EU hat deshalb eine komplexe Datenbank eingerichtet, das **Schengen-Informationssystem** (SIS), die alle kriminellen Vorgänge speichert und verfolgt. Und da Kriminalität viel mit Geld zu tun hat, gibt es in der EU sehr strenge Gesetze gegen Geldwäsche.

Der größte Fortschritt war die Gründung der europaweiten Polizei, **Europol**, der alle Polizeibeamte und Zollbeamte der Mitgliedstaaten angehören. Sie bekämpft z.B. auch Drogenhandel, Fahrzeugdiebstahl, sexuelle Ausbeutung

von Frauen und Mädchen, Pornografie, Fälschungen von Markenwaren und von Geldscheinen und illegalen Waffenhandel.

Es gibt aber immer noch 15 verschiedene Rechtssysteme in der EU, die Schritt für Schritt vereinheitlicht werden müssen zu einer gemeinsamen Strafverfolgungspolitik.

Dafür hat die Union rechtsspezifische Bildungsprogramme eingerichtet:

Grotius (Richter und Rechtsanwälte lernen die verschiedenen Rechtssysteme der anderen EU-Länder kennen)

Falcone (unterstützt Kontakte zwischen Richtern, Gerichten, Polizei und Zoll)

Eurojust (zentrale Koordinierungsstruktur um praktische Koordinierung zu fördern)

Die EU hat auch das Ziel einer gemeinsamen **Verteidigungspolitik**, die auf Konsensbildung gegründet ist. Es soll keine spezielle europäische Armee geben, weil die einzelnen Landesarmeen schon in die NATO eingebunden sind. Die Europäer wollen hauptsächlich humanitäre Rettungs- und Friedens- und Krisenaktionen führen.

1999 wurde **Javier Solana** zum ersten Hohen Vertreter der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik der EU ernannt.

2003 wurde eine offizielle Europäische Verteidigungsorganisation gegründet. Die bisher bedeutendste Aktion waren die 7000 Soldaten, die die NATO-Truppen in Bosnien und Herzegowina 2004 ersetzt haben.

2005 ist auch schon eine **Europäische Verfassung** entwickelt worden, die einen **Außenminister** vorsieht, aber sie ist noch nicht von allen Mitgliedstaaten (Frankreich, Niederlande) ratifiziert worden und daher noch nicht in Kraft getreten.

Websites:

www.europa.eu

www.eurunion.org

euce.org

Europäische Union: Zeittafel – Meilensteine

1945 -1950	Ende des Zweiten Weltkrieges (“Nie wieder Krieg!”) Robert Schumann Frankreich (Jean Monnet) Konrad Adenauer Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland) Winston Churchill Großbritannien Alcide de Gasperi Italien USA hilft den europäischen Ländern beim Wiederaufbau mit dem Marshall Plan (gegen die Pläne der Sowjetunion)
1951/52 Paris	Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg (European Coal and Steel Community; ECSC)
1957/58 Rom	Römische Verträge: Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG); Brüssel wird “Hauptstadt” (European Economic Community, European Atomic Energy Community; EEC, EURATOM)
1967 Brüssel	Zusammenschluss der 3 Gemeinschaften in die Europäische Gemeinschaft (EG) (European Community; EC) Ein einziger Ministerrat (Council of Ministers) und eine einzige Kommission (Commission)
1968 Brüssel	Verwirklichung der Zollunion zwischen den Mitgliedstaaten und gemeinsamer Zolltarif für den Handel mit Drittstaaten (Full customs union among the members and common customs tariffs for trade with others)
1970er	Beginn einer gemeinsamen Außenpolitik; Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) (European Political Cooperation, EPC)
1972/73	Dänemark, Großbritannien, Irland treten der EG bei
1979	Erste direkte Wahl zum Europäischen Parlament Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) (European Monetary System, EMS)
1981	Griechenland tritt der EG bei
1986	Portugal, Spanien treten der EG bei Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet (Single European Act, SEA) Verwirklichung eines Binnenmarktes bis 1992 (single market by 1992) Zusammenarbeit in Forschung, Entwicklung, Umwelt und Außenpolitik Integrierte Mittelmeerprogramme als Hilfe
1990	Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland; die 5 neuen Bundesländer treten der EG bei

- 1992/93 Maastricht** **Vertrag über die Europäische Union (Treaty on the European Union)**
1. Wirtschafts- und Währungsunion bis 1999 (Economic and Monetary Union by 1999)
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, GASP (Common Foreign and Security Policy)
3. Unionsbürgerschaft und Maßnahmen zur inneren Sicherheit
4. Europäischer Binnenmarkt wird Wirklichkeit: freier Verkehr für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital
- 1995** **Österreich, Schweden, Finnland** treten der EU bei
(Norwegen, Schweiz und Liechtenstein bleiben für sich)
- 1999 Amsterdam** **Vertrag von Amsterdam (Treaty of Amsterdam)**
Organisatorische und wahlrechtliche Änderungen (qualifizierte Mehrheitswahl) (qualified majority voting)
Währungsunion für 11 Staaten (**Euro** für elektronische Transaktionen, nicht für Bargeld):
Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien
Griechenland qualifiziert sich für den Euro 2001
- 2002** **Volle Einführung des Euro** in 12 Ländern (nicht in Dänemark, Großbritannien, Schweden)
- 2003 Nizza** **Vertrag von Nizza (Treaty of Nice)**
Organisatorische und wahlrechtliche Änderungen
Bedingungen für die Erweiterung der EU
- 2004** Die **Europäische Verfassung** wird unterzeichnet und muss von den Mitgliedsländern ratifiziert werden
Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern treten der EU bei
- 2007** **Bulgarien, Rumänien** werden in die EU aufgenommen
Slovenien führt den **Euro** ein.

Andere Länder bewerben sich: **Türkei, Kroatien, Mazedonien ...**